

Rätselhafte Uhrenstelle

Verl vor 50 Jahren: Eine Zeitungsüberschrift aus dem Januar 1972 mag sich nicht allen Leserinnen und Lesern auf Anhieb erschließen

„Mustergültige Schau der Uhrenstelle“, titelten die Zeitungen im Januar 1972, für mich zunächst rätselhaft. Darunter hieß es weiter: „Taubenfreunde aus sechs Vereinen hatten weder Mühen noch Arbeit gescheut“. Mit Tauben also muss eine Uhrenstelle in Verbindung stehen – genauer gesagt, mit dem Brief- oder Reisetaubensport. Die Züchter lassen ihre Vögel von bestimmten „Auflassorten“ aus um die Wette nach Hause fliegen. Um sicher festzustellen, welche Taube als erste den Weg zurück gefunden hat, gibt es die „Uhrenstelle“. Hierher, zur Wettkampf-Uhr, bringen die Züchter ihre heimgekehrten Tiere, um deren Ankunftszeit zweifelsfrei festzuhalten. Früher gab es dafür mancherorts eine mechanische „Konstatieruhr“, die diesen Zeitpunkt auf einem Papierstreifen druckte, und gleichzeitig die Fußringe der Tauben in der Reihenfolge ihres Vorzeigens aufnahm. Die Jahres-Gewinner erhielten als Urkunde ein sogenanntes „Tauben-Diplom“.

Eines davon ist durch die freundliche Vermittlung einer Familie aus Verl im Stadtarchiv überliefert. Auf der von Paul Kornberg aus Werther künstlerisch angefertigten Urkunde lesen wir: „Der Züchter Alois Hunke stellte mit der Taube 03415-49-48 den Jungtier-Sieger 1949 des Vereins 'Unausbleiblich' Verl. Der Vorstand – Voßhenrich“. Das Bild zeigt höchstwahrscheinlich das ausgezeichnete Tier selbst.



Das von Hand gezeichnete und ausgemalte „Tauben-Diplom“ für Alois Hunke und seine Taube aus dem Jahr 1949.

Oft war es eine Gastwirtschaft, die der Uhrenstelle und dem Uhrenschrank Platz bot. Die Ausstellung der Uhrenstelle Verl im Januar 1972 fand in einem ihrer Vereinslokale, in Sürenheide im Haus Ohlmeyer, statt. Zu diesem Zeitpunkt gehörten ihr die Vereine „Club“, „Tempo“, „Unausbleiblich“ und „Kehre Wieder“ aus Verl, „Gut Flug“ aus Sende und „Heimatliebe“ aus Varenzell an. Die drei erstgenannten hatten die Uhrenstelle Verl gut ein Jahrzehnt nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs im März 1954 erneut in Leben gerufen. 1957 schloss sich „Heimatliebe Varenzell“, 1965 „Gut Flug Sende“ und 1966 der gerade gegründete Verein „Kehre Wieder“ an.

Seit 1959 fanden jährlich eigene Ausstellungen der Uhrenstelle Verl statt. Auch 1972 stellten die Mitglieder hier ihre schnellsten Vögel vor, ebenso wie noch „ungereiste“ Tauben, die zu Hoffnungen berechtigten. Die Jahresausstellung ist zu einer Tradition geworden, die die Vereine unter dem Dach der „Reisevereinigung Verl-Bornholte“ bis in unsere Zeit weitergeführt haben.

Aus dem Haus Goethestraße 19 in Verl wird das „Droste-Haus“

Verl vor 50 Jahren: Im Februar 1972 erhielt der Sitz des Jugendaustauschwerks seinen Namen

Das „Droste-Haus“ ist als Bildungsstätte und Sitz des Jugendaustauschwerks JAW ein Begriff über die Grenzen Verls hinaus. Heute befindet es sich am Schillingsweg, in dem für seine Zwecke umgebauten Gebäude der ehemaligen Volksschule Bornholte-Seppler. Doch seinen Ursprung hat es in der Goethestraße 19, dem Wohnhaus der Familie Wöstemeyer. Dort boten Hugo Wöstemeyer und seine Frau Christel Bildungsveranstaltungen nach der Art einer Volkshochschule an und dort begrüßten sie die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des von ihnen durchgeführten Jugendaustausches. Beides war aus dem Wunsch der Wöstemeyers und ihres Freundeskreises erwachsen, nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, der von Deutschland ausgegangen war, einen Beitrag zur Aussöhnung unter den Völkern zu leisten. Dies sollte durch die unmittelbare Begegnung geschehen, von jungen Gästen aus Deutschland mit ihren Gastfamilien im Ausland ebenso wie von jungen Gästen aus dem Ausland mit ihren Gastfamilien in Verl. Dieser Jugendaustausch wollte vorbereitet sein: Aus den Sprachkursen und Vortragsabenden, die der Einstimmung auf die Begegnungen dienten, entwickelte sich ein Angebot von Bildungsveranstaltungen für Jugendliche und Erwachsene. 1959 entstand der Verein „Jugendaustauschwerk des Kreises Wiedenbrück e.V.“ mit Sitz im Haus der Wöstemeyers. Doch hatte dieses „Haus der offenen Tür“ noch nicht seinen heutigen Namen. Den erhielt es im Rahmen einer Feierstunde am Sonntag, dem 6. Februar 1972. In diesem Jahr jährte sich der Geburtstag der westfälischen Dichterin Annette von Droste-Hülshoff zum 175. Mal. Doch nicht dieses Jubiläum sei der Anlass für die Namensgebung gewesen, berichteten die Zeitungen: Als Vorsitzender des Jugendaustauschwerkes und der Bildungsstätte wollte Hugo Wöstemeyer „zunächst einmal den Namen einer bedeutenden Persönlichkeit Westfalens, zum anderen faszinierte ihn die Ehrlichkeit der Aussage im Werk der Droste.“

Die zahlreich erschienenen Ehrengäste unterstrichen die Bedeutung des Droste-Hauses in Verl. Hugo Wöstemeyer konnte Bürgermeister Hubert Hermwille, Pastor Heinz Hölscher aus Neuenkirchen, den Leiter der Droste-Forschungsstelle Dr. Winfried Woessler aus Münster, Bernd Kortländer als Rezitator, mehrere Mitglieder des Gemeinderats, die Rektoren Winfried Schulte und Heinz Müller sowie den Direktor Theodor Meyer und Amtmann Fritz Adämmer als Vertreter des Gemeindedirektors begrüßen. Nach dem Grußwort des Bürgermeisters hörten die Anwesenden, der Bildungsstätte angemessen, ein wissenschaftliches Referat über Annette von Droste-Hülshoffs Gedichtzyklus "Das geistliche Jahr", begleitet von Rezitationen.

Die Kreise Halle und Wiedenbrück auf dem Weg in eine gemeinsame Zukunft

Verl vor 50 Jahren: Im März 1972 stellte der Kreis Wiedenbrück die Weichen für die Polizei im zukünftigen Kreis Gütersloh

Im März 1972 hatte der nordrhein-westfälische Landtag das „Gesetz zur Neugliederung der Gemeinden und Kreise des Neugliederungsraumes Bielefeld“, das sogenannte Bielefeld-Gesetz, noch nicht beschlossen. Es war also unklar, ob es, wie geplant, am 1. September 1972 oder doch erst am 1. Januar 1973 in Kraft treten könnte. (Letzteres traf schließlich ein.) Doch der Kreis Wiedenbrück, den dieses Gesetz betraf, weil er zukünftig mit dem Kreis Halle und der Großgemeinde Harsewinkel aus dem Kreis Warendorf den neuen Kreis Gütersloh bilden sollte, bereitete sich auf die kommenden Veränderungen bereits vor.

Die Zeitungen berichteten zunächst über die Neugliederung des uniformierten Polizei-Streifendienstes vor Ort, der Schutzpolizei. Wie bei der Neugliederung der Städte, Gemeinden und Kreise, die kleinere Einheiten zu größeren, leistungsfähigeren zusammenzog, war auch hier „Konzentration“ das Ziel. Dafür löste der Kreis Wiedenbrück mehrere Polizeistationen auf und beließ lediglich diejenigen in Gütersloh und Rheda-Wiedenbrück. Aus der rund um die Uhr besetzten Polizeistation in Verl wurde nun eine – immerhin noch mit fünf Beamten, aber nicht mehr durchgehend besetzte – Polizeiwache mit einem Polizeiposten in Kaunitz, betreut von der Station in Gütersloh. „Die Einrichtung der großen Stationen und der Polizeiwachen mit einer ausgewogenen technischen Ausrüstung und ausreichenden personellen Besetzung lasse die Polizei effektiver zum Wohle der Bürger arbeiten“, zitierten die Journalisten Oberkreisdirektor Hans Scheele.

Ebenfalls im März besuchte der Oberkreisdirektor gemeinsam mit Landrat Paul Lakämper ein Treffen von Vertretern der Kreisausschüsse der Kreise Halle und Wiedenbrück in der Gastwirtschaft Ameling in Verl, „in einer harmonischen Atmosphäre“, wie die Zeitungen berichteten. Für die Vereinigung der Kreise Wiedenbrück und Halle waren weitere Gespräche über die Ausgestaltung des Gebietsänderungsvertrags nötig. Denn Aufgaben, die bis dahin jeder Kreis für sich wahrgenommen hatte, wie den Ausbau der Kreisstraßen und des öffentlichen Nahverkehrs, die Pflege der Gewässer „von überörtlicher Bedeutung“ („II. Ordnung“) und die Unterhaltung der Berufsschulen, mussten im neuen Großkreis Gütersloh aufeinander abgestimmt und zusammengeführt werden.



Das Rathaus in Verl war über viele Jahre Sitz der Polizei.
Auf der aus der Festschrift „75 Jahre Polizeistation Gütersloh 1910-1985“ entnommenen Fotografie lässt sich das Hinweisschild „Polizei“ über dem Grün links von der Eingangstür an dem vorspringenden Giebelbau erahnen.

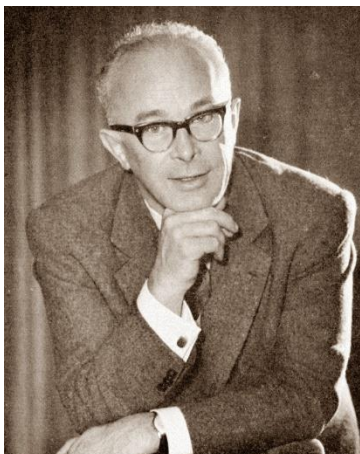
Das Ende des Kreises Wiedenbrück „einmütig und freudig besiegelt“

Verl vor 50 Jahren: Mit der Verabschiedung des Gebietsänderungsvertrags im April 1972 sahen sich die Beteiligten auf dem Weg des Fortschritts

Noch im März 1972 hatten sich Vertreter der Kreisausschüsse der Kreise Wiedenbrück und Halle in Verl getroffen, um Einzelheiten eines Gebietsänderungsvertrags zu besprechen. Ein solcher Vertrag war für den im Rahmen der kommunalen Neugliederung geplanten Zusammenschluss der Kreise Wiedenbrück und Halle und der Großgemeinde Harsewinkel zu einem neuen Kreis Gütersloh unabdingbar. In ihm legten die Beteiligten fest, wie der neue Kreis in Zukunft seine Aufgaben erfüllen sollte.

Zu den Punkten des Vertragswerks gehörten unter anderem die Bestimmung des Namens des neuen Kreises und des Sitzes der Kreisverwaltung, der Übergang des unbeweglichen Vermögens der alten Kreise auf den neuen, die Entschädigung des Kreises Warendorf für den Verlust Harsewinkels, der weitere Ausbau der Kreisstraßen, des öffentlichen Nahverkehrs und der Gewässer von überörtlicher Bedeutung sowie die Unterhaltung der Schulen in Kreis-Trägerschaft. Als der Kreistag Wiedenbrück den Vertrag am 15. April 1972, einem Samstag, einstimmig verabschiedete und Oberkreisdirektor Hans Scheele und Kreisdirektor Dr. Werner Sturzenhecker ihn daraufhin unterzeichneten, war dies „ein historischer Moment in der 150jährigen Geschichte des Kreises Wiedenbrück“, wie die Zeitungen schrieben. Sein Ende war damit beschlossen.

Als Gemeinde des Kreises Wiedenbrück würde Verl demnach bald dem Kreis Gütersloh angehören. Im benachbarten Schloß Holte-Stukenbrock hingegen war die Situation nicht geklärt. Die zum 1. Januar 1970 neu gebildete Doppelgemeinde gehörte im Augenblick noch dem Kreis Bielefeld an, doch der würde zugunsten der Stadt Bielefeld aufgelöst werden. Nun traten zwischen den „Zwangsgeschwistern“ erneut Spannungen zutage: Die Schloß Holter „sahen bessere Verkehrsverbindungen nach Gütersloh“ und sprachen sich für eine Zugehörigkeit zum Kreis Gütersloh aus, die Stukenbrocker sahen sich im Kreis Paderborn. Sollte Bürgermeister Oesterwalbesloh bei dem geplanten Anhörungstermin zum sogenannten Bielefeld-Gesetz in Bad Oeynhausen von diesem Streit berichten? Das gäbe ein schlechtes Bild ab, fürchtete er. Schließlich erhielt er den Auftrag, den im November 1971 einstimmig gefassten Beschluss vorzutragen, gemeinsam im Kreis Bielefeld zu verbleiben.



Oberkreisdirektor Hans Scheele unterzeichnete im April 1972 für den Kreis Wiedenbrück den Gebietsänderungsvertrag. Die Fotografie stammt aus dem Band „Männer der Verwaltung von Schele bis Scheele“ der Reihe „Monographie des Kreises Wiedenbrück.“

Ein Kompromiss, der den Wünschen der Gemeinde näher kam, als den Vorstellungen der Planungsbehörden

Verl vor 50 Jahren: Im Mai 1972 nahm der Rat den Entwurf des Flächennutzungsplans an

Im Mai 1972 fanden die Zeitungen ein reiches Angebot an Berichtenswertem in Verl. Die ersten Tage des Monats brachten den Leserinnen und Lesern ausführliche Nachrichten über die Eröffnung der achten Frühjahrsmesse in der Ostwestfalenhalle, mit Bundeswirtschaftsminister a. D. Dr. Werner Dollinger als prominentem Gast. Im Rahmen der Frühjahrsmesse hatte auch der Kreislandjugendtag in Kaunitz stattgefunden, den Weihbischof Dr. Johannes Joachim Degenhardt besuchte. Am 15. Mai zeigten die Zeitungen das Modell der Leichenhalle (Friedhofskapelle) des Architekten Hermann Mertens aus Gütersloh, die die politische Gemeinde Verl auf dem Friedhof der katholischen Kirchengemeinde St. Anna am Friedhofsweg errichten wollte. Das Droste-Haus erhielt die Anerkennung als „Haus der offenen Tür“ durch das Land. Am 25. Mai fand die Einweihung des Gemeinschaftsklärwerks in Sende statt, das zwar bereits seit zwei Jahren in Betrieb, aber erst jetzt mit allen Bauten und Anlagen endgültig fertiggestellt war. Und am 27. Mai feierte der Turnverein Verl sein 60jähriges Bestehen mit einem Festakt in der Aula der Realschule.

Doch am bedeutendsten für die Zukunft der Gemeinde Verl war sicherlich die Sitzung des Gemeinderats am Dienstag, dem 9. Mai, in der er den Entwurf des Flächennutzungsplans für das Gemeindegebiet behandelte. Denn ein solcher Plan, der ihre zukünftige räumliche Entwicklung ordnete, fehlte der erst seit dem 1. Januar 1970 bestehenden Großgemeinde Verl. Jetzt hatte die Planungsstelle des Kreises Wiedenbrück ihn unter Einbeziehung der Strukturanalyse der Arbeitsgruppe für Stadtentwicklung und Kommunalbau (ASK) in Berlin und unter Berücksichtigung von Wünschen aus Verl erarbeitet. Kreisbaudirektor Gerriet Latta erläuterte das Ziel des Flächennutzungsplans, nämlich die langfristige Festlegung der Bodennutzung, um eine weitere Zersplitterung des Gemeindegebiets durch Streusiedlungen zu verhindern. Der Plan zeigte, wo in Zukunft noch neue Wohn- und Gewerbegebiete entstehen konnten und welche Naherholungsräume unangetastet bleiben sollten. Der Entwurf sah den Schwerpunkt einer zukünftigen Wohnbebauung im Süden des Ortes Verl, ein neues großes Gewerbegebiet schlug er in Kaunitz vor, als Naherholungsräume bezeichnete er den Verler See in Sürenheide und den Holter Wald in Sende. Außerdem wurden „trotz starker Bedenken der Landesplanung, jedoch schließlich mit Zustimmung der Regierung“ auf Wunsch aus Verl „die bestehenden Baugebiete Sielhorst, Eiserweg, Bornholte-Bahnhof und Sende-Helfbernd mit in den Flächennutzungsplan aufgenommen.“ Hier waren keine Ausweitungen, aber doch Verdichtungen möglich, die eine Reserve für den Wohnungsbau bilden konnten. Darüberhinaus berücksichtigte der Entwurf die Bereiche zwischen Sürenheider Straße und Autobahn und an der Waldstraße in Sürenheide als Gewerbegebiete. Für das Gewerbegebiet Verl-West am Eiserweg stand fest, dass es „nicht unbegrenzt nutzbar sein“ würde, „da die Wohnbebauung am Eiserweg Einschränkungen“ erforderte. Dennoch fand es ebenfalls Eingang in den Entwurf. Denn dieser sei ein Kompromiss, „der den Wünschen der Gemeinde näher komme, als den Vorstellungen der Planungsbehörden“, betonte der Kreisbaudirektor. Der Gemeinderat nahm entsprechend den Entwurf des Flächennutzungsplans einstimmig an. Er prägt das Bild des Stadtgebiets bis heute.



Im Süden des Ortes Verl, der den Vordergrund dieser Ansichtskarte aus der ersten Hälfte der 1970er Jahre bildet, sah der Entwurf des Flächennutzungsplans den Schwerpunkt der künftigen Wohnbebauung.

Die Gemeinde Verl legte der Entwicklung des Ortsteils Kaunitz keine Hindernisse in den Weg Verl vor 50 Jahren: Im Juni 1972 fand eine Bürgerversammlung in der Gastwirtschaft Liemke statt

Im Mai hatte der Gemeinderat den Entwurf des Flächennutzungsplans für die Großgemeinde Verl einstimmig verabschiedet. Dieser Plan sollte die Zersplitterung des Gemeindegebiets verhindern, indem er die Art und Weise der Flächennutzung festlegte und bestimmte, wo neue Wohn- und Gewerbegebiete entstehen und wo Naherholungsgebiete liegen sollten. Bei Kaunitz sah der Flächennutzungsplan ein neues Gewerbegebiet im Raum „Zur alten Wiese“ vor. Das nahm die CDU als größte Fraktion im Rat zum Anlass, die Kaunitzerinnen und Kaunitzer im Juni 1972 zu einer Bürgerversammlung in der Gastwirtschaft Liemke am Fürst-Wenzel-Platz einzuladen. Gleich acht Mitglieder der 24-köpfigen Ratsfraktion waren gekommen: Margarete Adamek, Reinhold Brink, Hermann Dreismann, Josef Großeschallau, Josef Lakämper, Heinrich Meermeier, Ludwig Mühlenkord und Adolf Müller.

Zunächst stellten Reinhold Brink und Josef Lakämper das geplante Gewerbegebiet vor, das heute nicht nur Grundstücke an der Straße „Zur alten Wiese“, sondern außerdem am Kapellenweg, an der Daimlerstraße, an der Siemensstraße und am Breedeweg umfasst. Neben diesem Raum für die gewerbliche Bebauung sah die Politik auch genügend Grundstücke für eine weitere Wohnbebauung in Kaunitz, vor allem nahe der Holter Straße. Falls diese Befürchtung in Kaunitz bestanden haben sollte: Die Gemeinde Verl legte der Entwicklung des Ortsteils keine Hindernisse in den Weg, fassten die Zeitungen ihren Eindruck zusammen.

Die versammelten Gäste nutzten die Gelegenheit, ihre politischen Vertreterinnen und Vertreter an den schlechten baulichen Zustand der Straßen in der Dorfmitte zu erinnern, nämlich der Paderborner, der Holter und der Fürstenstraße. Damit empfehle sich Kaunitz den Tausenden von Besucherinnen und Besuchern des monatlich dort stattfindenden Hobbymarkts ganz und gar nicht. Die Politik versprach Abhilfe. Doch grundlegend würde sich die Situation erst durch den geplanten Aus- und Neubau der Paderborner Straße innerhalb des Dorfes ändern. Die entsprechenden Vermessungsarbeiten, die die Anbindung der Holter und der Fürstenstraße mit einbezogen, waren immerhin inzwischen zum Abschluss gekommen.

Als letzte Mitteilung erhielten die Versammelten die Nachricht, dass der Bau des Kindergartens in Kaunitz in Kürze beginnen sollte. Tatsächlich vergab die Gemeinde Ende Juni die Bauhauptarbeiten an ein Unternehmen aus Verl. Damit würde in Kaunitz der erste Kindergarten in der Trägerschaft der Großgemeinde Verl entstehen.



Bürgerversammlung in der Gastwirtschaft Liemke in Kaunitz:
Auf der Luftaufnahme des Dorfkerns aus dem Jahr 1972 mündet unten, gegenüber der Shell-Tankstelle, die Holter in die Paderborner Straße ein, von der zwischen der Gastwirtschaft Liemke und dem Gasthof Zur Post die Fürstenstraße abzweigt. Von der wiederum geht vor dem Haus Nordbrock der Erlenweg nach links ab

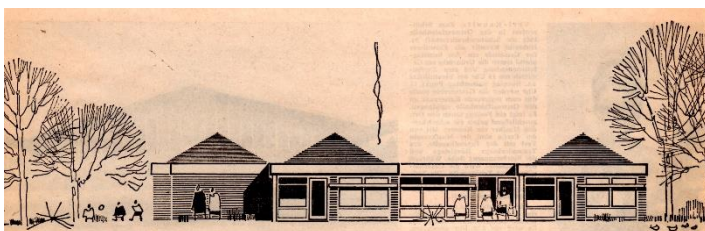
Wie die Dinge ihren Lauf nehmen – oder auch nicht

Im Juli 1972 „läuft es“ beim Kindergarten Kaunitz und holpert es beim Sonderschulverband

Der Rückblick in die Zeitungen „von gestern“ lenkt das Augenmerk immer wieder darauf, wie manche öffentliche Vorhaben ganz planmäßig verlaufen, während andere dies nicht tun. Das zeigt sich beispielsweise in den Zeitungen im Juli 1972.

Über ein Jahr zuvor, im April 1971, hatte der Rat der Gemeinde Verl beschlossen, langfristig mehrere hundert Kindergartenplätze zu schaffen. Denn die fehlten in Verl, wie die Kindergartenzielplanung des Kreises offengelegt hatte. Es bestand einzig im Dorf Verl ein Kindergarten der Kirchengemeinde St. Anna, doch die Kirchengemeinde St. Maria Immaculata würde vom Generalvikariat keine Mittel für die Errichtung eines Kindergartens im Dorf Kaunitz erhalten. Vor diesem Hintergrund hatte der Rat seinen Beschluss gefasst, und bestimmt, dass der erste Kindergarten in der Trägerschaft der politischen Gemeinde in Kaunitz entstehen sollte. Inzwischen, im Juli 1972, hatten die Dinge ihren Lauf genommen und der Baubeginn stand kurz bevor. Die Zeitungen veröffentlichten den Entwurf des Architekten Paul Krisch aus Brackwede, der vier Gruppenräume für jeweils 30 Kinder umfasste, zusammengefasst in einem kindgerechten eingeschossigen Gebäude mit mehreren Giebeldächern. Es sollte „Am Furlbach“ entstehen, in unmittelbarer Nachbarschaft der Grundschule Kaunitz. Die Lage war mit Bedacht gewählt: Die Kinder würden, „wenn sie in das erste Schuljahr kommen, den gleichen Weg haben wie vorher zum Kindergarten.“

Bei einem anderen Vorhaben hingegen sorgten Planänderungen für Verstimmungen: Im September 1971 hatte der Rat beschlossen, gemeinsam mit der Stadt Rietberg einen Sonderschulverband zu gründen. Mit der ehemaligen Volksschule Varenzell IV am Langen Schemm gab es auf dem Gebiet der Stadt Rietberg bereits ein passendes Gebäude, das sich nahe der Gemeindegrenze zu Verl befand. 55 Kinder aus Rietberg und 15 aus Verl besuchten die Schule – die heutige Martinschule – bereits. Doch nun, im Juli 1972, wurde bekannt, dass die Bezirksregierung in Detmold und das Staatshochbauamt in Bielefeld, die beide mit in die Bauplanung einbezogen waren, die notwendigen Investitionen für die Ertüchtigung des alten Gebäudes nicht hatten befürworten wollen. Das Ziel der Landesregierung, „Sonderschulen als doppelzügige Schulen zu errichten und diese in der Form von Ganztagschulen führen zu lassen“, sollte sich ihrer Ansicht nach in einem Neubau im Schulzentrum Rietberg besser verwirklichen lassen. Die Verler Mitglieder des Sonderschulverbands hingegen hatten weiterhin die Meinung vertreten, „daß die Sonderschüler in der freien Natur am Langen Schemm am besten aufgehoben wären“. Doch die Geldgeber für die gemeinsame Sonderschule, das Land und der Kreis, ließen sich nicht umstimmen. Sie hielten an dem Standort Schulzentrum Rietberg fest und so hatte sich bereits am 30. Juni der Sonderschulverband „trotz schwerwiegender Bedenken“ aus Verl darauf geeinigt.



Architekt Paul Krisch aus Brackwede entwarf den Kindergarten in Kaunitz.